



KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 20. Juni 2016
Kantonsratspräsident Franz Wüest

M 170 Motion Stutz Hans und Mit. über eine Erhöhung der Steuerprogression / Eröffnet am: 20.06.2016 Finanzdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
Hans Stutz hält an seiner Motion fest.

Hans Stutz: Ich zitiere aus einem Leserbrief in der „Neuen Luzerner Zeitung“ von vergangener Woche: „Das Finanzloch des Kantons Luzern stimmt nachdenklich. Wenn eine Finanzstrategie nach mehreren Jahren keinen Erfolg hat und ihre Ziele verfehlt, sollte sie meiner Ansicht nach angepasst werden. Fehleinschätzungen und Übersteuerungen sollten nun korrigiert werden; wenn es Korrekturen braucht, sollten jedoch alle Einwohner und alle Firmen ihren Beitrag leisten, um Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen. Schliesslich profitieren natürliche wie juristische Personen gleichermassen von den öffentlichen Leistungen des Kantons.“ Zu den Profiteuren der kantonalen Steuerstrategie gehören auch die Einwohnerinnen und Einwohner mit hohem Einkommen. Im Rahmen einer Steuergesetzrevision, die der Kantonsrat im März 2009 beschlossen hat, wurden die Steuerprogression geglättet und die oberen Tarife gestrichen. Meine Motion will diese Revision teilweise rückgängig machen getreu der gesetzlichen Vorgabe, wonach die Steuern gemäss der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu bezahlen sind.

Armin Hartmann: Die SVP-Fraktion lehnt die Motion ab. Wir sind der Meinung, dass es sich um eine legitime Idee handelt, die jedoch in das Konsolidierungsprogramm 2017 (KP17) gehören würde. Diese Möglichkeit hätte bestanden. Der Antwort der Regierung gibt es nichts hinzuzufügen. Es wird eindrücklich aufgezeigt, dass es sich um keine ergiebige Massnahme handelt. Die vorgeschlagene Erhöhung ist willkürlich, es ist unklar, wie die gesetzten Grenzen zustande gekommen sind. Auf Massnahmen beim Steuertarif wird sehr sensitiv reagiert. Es kann tatsächlich zu Wegzügen kommen; wenn nur 5 oder 10 Prozent auf diese Massnahme reagieren, wird daraus ein Verlustgeschäft. Die SVP hat sich immer für eine langfristige Flat Rate Tax ausgesprochen. Die vorgeschlagene Massnahme würde dem widersprechen.

Erwin Arnold: Die CVP-Fraktion lehnt die Motion ab. Wir können die Begründung der Regierung nachvollziehen. Die Massnahmen wären zudem nicht besonders ergiebig. Unserer Meinung nach führen solche Einzelmassnahmen zu keinem Resultat. Die CVP verlangt mit der im letzten Jahr überwiesenen Motion M 614 von Ludwig Peyer eine Gesamtbetrachtung mit einer Steuergesetzrevision.

Claudia Huser Barmettler: Ich äussere mich sowohl zur Motion M 170 wie auch zur Motion M 171. Die GLP-Fraktion lehnt beide Motionen ab. Die Vorschläge beider Motionen tönen verlockend. Die Zahlen der Regierung zeigen auf, dass mit der Verstärkung der Progression verhältnismässig wenig Geld eingenommen werden könnte. Mit der heutigen Progression beteiligen sich diese Steuerzahler überproportional an den Kosten und somit an der Finanzierung des Kantons. Es handelt sich dabei um eine wichtige Steuerung, die unbedingt

beibehalten werden muss. Zugleich dürfen wir uns nicht unüberlegt in eine gefährliche Richtung bewegen. Bei den in der Motion M 171 vorgeschlagenen Massnahmen ist der Mittelstand, also auch Personen mit einem Eigenheim, schnell betroffen. Das wird wohl kaum das Ziel des Motionärs gewesen sein. Die Einnahmen müssen erhöht werden, die Vorschläge der beiden Motionen sind aber der falsche Weg dazu.

Philipp Bucher: Die FDP-Fraktion lehnt die Motion ab. Steuererhöhungen sind nicht das richtige Mittel, um steigende Kantonsausgaben zu kompensieren. Wenn meine Ausgaben ansteigen, kann ich auch nicht einfach bei meinem Arbeitgeber eine Lohnerhöhung verlangen, sondern ich muss versuchen zu sparen. Mit Steuererhöhungen für Besserverdienende wollen SP und Grüne die strukturellen Probleme des Kantons auf Kosten einiger weniger lösen. Dabei muss der Kanton Luzern vor allem was die Ausgabenseite betrifft handeln. Die kantonalen Ausgaben steigen seit Jahren kontinuierlich und überproportional an. Die allfällig generierten Einnahmen in unbekannter Höhe lösen das Problem der Kantonsfinanzen nicht. Die SP wirft der Regierung vor, im KP17 aufgezeigte Massnahmen nicht quantifizieren zu können. Die Auswirkungen der Motion sind ebenfalls nicht quantifiziert. Immerhin stellt die Regierung dar, dass drei Viertel der Entlastungen, also 343 Millionen Franken aus den Steuerreformen, den natürlichen Personen zugutegekommen sind, davon rund 180 Millionen Franken den mittleren und tiefen Einkommen. Das kontinuierliche Kostenwachstum muss gebremst werden. Die Finanzlöcher können nicht mit immer höheren Steuereinnahmen gestopft werden.

David Roth: Da es sich scheinbar um marginale Mehreinnahmen handelt, fallen wohl die Mehrbelastungen ebenso marginal aus und sollten verkraftbar sein. Wenn der Rat anlässlich des KP17 über die Beschaffung von Bürogummis und Kugelschreibern befindet, ist kein Betrag zu marginal, um darüber zu diskutieren. Ich erwarte gespannt die von der CVP verlangte Gesamtschau.

Hans Stutz: Die Grüne Fraktion unterstützt die Motion M 614 von Ludwig Peyer nach wie vor. Armin Hartmann hat von einer willkürlichen Erhöhung gesprochen. Das trifft aber auch bei der bestehenden Regelung zu.

Michael Töngi: Der Kanton Luzern schöpft sein Ressourcenpotenzial nicht aus, darüber hat der Rat bei der letzten Budgetberatung ausführlich diskutiert. Der Kanton verzichtet durch einen politischen Entscheid freiwillig auf ein Steuerpotenzial, das er ausschöpfen könnte.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Die heutige Belastung bei den Einkommen entspricht dem, was sich der Kanton 2003 zum Ziel gesetzt hat. Die in der Begründung angefügte Tabelle aus der Steuergesetzrevision 2011 zeigt auf, wo die Entlastungen stattgefunden haben. Die grossen Entlastungen sind bei Bruttoarbeitseinkommen von 80'000 Franken erfolgt. Dieser Gruppe gehört ungefähr die Hälfte der Bevölkerung an. Die Promilleverteilung beim Einkommen ist ungefähr gleich wie beim Gewinn. Diesbezüglich ist es für den Kanton wichtig, noch in die Breite zu wachsen.

Der Rat lehnt die Motion mit 92 zu 24 Stimmen ab.